



Presseinformation

Nr. 306/2005

Kiel, 6. Dezember 2005

Schulpolitik/4.Eckpunktepapier

Wolfgang Kubicki, MdL

Vorsitzender

Dr. Heiner Garg, MdL

Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Ekkehard Klug, MdL

Parlamentarischer Geschäftsführer

Günther Hildebrand, MdL

Ekkehard Klug: „Schulpolitik der großen Koalition = hundert Prozent SPD, null Prozent CDU“

Zum heute vorgestellten Eckpunktepapier der Bildungsministerin erklärte der bildungspolitische Sprecher der schleswig-holsteinischen FDP-Landtagsfraktion, **Dr. Ekkehard Klug**:

„Die heute vorgestellten ‚Aneckpunkte‘ der Bildungsministerin zeigen ein weiteres Mal: Die Schulpolitik der großen Koalition folgt der Rezeptur ‚hundert Prozent SPD, null Prozent CDU‘.

Die weitgehende Abschaffung der Klassenwiederholung per Dekret ist bildungspolitischer Unfug erster Güte. Will man ernsthaft unter Wahrung von Qualitätsstandards die Sitzenbleiberquote senken, so muss man hierfür mehr Förderunterricht bereitstellen. Der Landesrechnungshof hat dazu in seinem Sonderbericht vom Juni 2004 bei durchschnittlich einer bis drei Förderstunden pro Klasse einen Mehrbedarf im Umfang von rund 600 Lehrerstellen errechnet. Durch eine Abschaffung des Sitzenbleibens ‚par ordre de Mufti‘ erreicht man nichts anderes als die flächendeckende Senkung des Leistungsniveaus an den schleswig-holsteinischen Schulen.

Außerdem praktiziert die Bildungsministerin in puncto Bildungschancen für Real- und Hauptschüler de facto das Gegenteil dessen, was sie als ihr Ziel verkündet. Für Absolventen beider Schularten sind die Möglichkeiten, im Anschluss an den Real- bzw. den Hauptschulabschluss an berufsbildenden Schulen weitere Bildungsabschlüsse real deutlich verschlechtert worden: Zum Beispiel durch den faktischen Numerus clausus bei der Aufnahme in Fachgymnasien, an denen der erforderliche Notendurchschnitt wegen begrenzter Aufnahmekapazitäten immer weiter ‚nach oben rutscht‘, oder durch die Einführung von Sparmodellen wie der einjährigen statt der zweijährigen Berufsfachschule.

Würde man hier für ein bedarfsgerechtes Bildungsangebot sorgen, so könnte man sich und dem Steuerzahler neue allgemeinbildende Schulformen wie die ‚Gemeinschaftsschule‘ von vornherein ersparen“, so Klug.

www.fdp-sh.de